



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trozkistisch)

Regierungskrise: ein gefährlicher Wettlauf... in Richtung Barbarei

Die neue Regierungskrise, in die die CSU die Große Koalition gestürzt hat, scheint sich etwas zu beruhigen. Doch für wie lange? Und welche Folgen wird sie haben?

Die CSU hat ihre Inszenierung aus einem einzigen Grund begonnen: Sie macht Wahlkampf, rennt hinter der AfD hinterher, versucht mit aller Macht, bei den Landtagswahlen in Bayern so viele Stimmen wie möglich zu bekommen, um dort weiter regieren zu können.

Es ist fast absurd. Derzeit kommen nur ganz wenige Flüchtlinge über die deutsche Grenze. Und trotzdem hat Seehofer um jeden Preis auf einer symbolischen „harten“ Maßnahme gegen die Flüchtlinge an der Grenze bestanden – in der Hoffnung, so die Stimmen der AfD-Wähler zurückzugewinnen.

Schon vor einer Woche hat die EU abscheuliche Maßnahmen gegen die Flüchtlinge beschlossen. Wer überhaupt noch lebend Europa erreicht, soll in Griechenland, Italien und Spanien als erstes in geschlossene Lager gesperrt werden – als wären Flüchtlinge Kriminelle!

Und was noch ungleich schlimmer ist: Die EU will Regierungen oder auch bewaffnete Banden in Afrika dafür bezahlen, die Flüchtlinge aufzuhalten und in Lager zu stecken. Sie wollen die Flüchtlinge den armen Staaten in Afrika überlassen! Genau das machen sie bereits in der Türkei und Libyen – wohlwissend, dass die von ihnen bezahlten Lagerwächter die Flüchtlinge foltern, vergewaltigen, ja zum Teil als Sklaven verkaufen.

Doch selbst dann hat Seehofer um jeden Preis darauf bestanden, dass die deutsche Grenze symbolisch für einen Teil der Flüchtlinge geschlossen wird. Er war bereit, notfalls die Regierung zu sprengen und zu riskieren, dass sich

wie in einem Dominoeffekt die Grenzen in halb Europa schließen: Für eine „schärfere Grenzregelung“, die im Schnitt 5 Personen pro Tag betrifft!

Diesmal ist es noch nicht so weit gekommen. Doch für wie lange? Die neue Krise jedenfalls hat bereits jetzt dazu geführt, dass die Mauern in und um Europa noch höher geworden sind – und das ist nichts weniger als barbarisch!



Sklavenmarkt in einem libyschen Flüchtlingslager

Denken wir nur an die hunderte Frauen, Männer, Kinder, die Hilfsorganisationen vor dem Ertrinken gerettet hatten – und die dann tagelang auf dem offenen Meer herumirrten, auf völlig überfüllten Schiffen, weil ein EU-Land nach dem anderen ihnen die Einfahrt in seine Häfen verweigerte. Die Bilder erinnerten an 1939, an die Flüchtlingsschiffe voller Juden, die von den USA abgewiesen und nach Europa zurückgeschickt wurden, wo viele von ihnen im Konzentrationslager endeten.

Die Regierungen in Ungarn, Polen, Italien, Österreich, hier die CSU und AfD überbieten sich in ihrer hasserfüllten Sprache, in grausamen Maßnahmen gegen Migranten und hartem, nationalistischem Auftreten gegenüber allen anderen Staaten. Es sind die einzigen politischen Argumente, die sie überhaupt noch haben – ihr einziges Argument angesichts wachsender Armut, Arbeitslosigkeit und unsicheren Lebensverhältnissen.

Sie tun so, als würden sie Migranten verjagen, um die Bevölkerung in Europa vor noch mehr Arbeitslosigkeit und Armut zu schützen. Doch selbst wenn sie Europa oder Deutschland in eine Festung verwandeln, in die kein Migrant mehr hineinkommt, würde dies die Konzerne nicht daran hindern, Arbeiter zu entlassen oder Niedriglöhne zu zahlen. Es würde den Arbeiterfamilien nicht dabei helfen, bis zum Monatsende über die Runden zu kommen.

Schlimmer noch, es ist für uns alle eine echte Gefahr. Denn die Nationalisten spielen mit dem Feuer. Sie schaffen eine Stimmung, entfesseln Kräfte, die vielleicht irgendwann keiner mehr in den Griff bekommt. Dass darunter die EU zusammenbricht – was eine katastrophale wirtschaftliche Krise auslösen würde – ist nur eine dieser Gefahren.

Selbst die Kapitalisten, die für ihre Geschäfte Stabilität und den geeinten europäischen Markt brauchen, sind beunruhigt über diese Entwicklung. Doch sie können und werden nichts dagegen tun, denn ihre eigene Wirtschaft bringt dies hervor.

Die wirtschaftliche Krise führt weltweit zu wachsenden Spannungen, zu Handelskriegen, zu Konflikten mit den USA und auch innerhalb der EU. Sie führt zu politischer Instabilität und dem Erstarken politischer Kräfte, die in ihrem Nationalismus und ihrem Hass irgendwann auch nicht mehr vor Krieg oder Bürgerkrieg zurückschrecken. Die Regierungskrise in Deutschland ist ein Symptom dieser Entwicklung.

Es gibt nur eine Alternative, und die liegt in unseren Händen. Wir, die Arbeitenden, Ausgebeuteten und Armen der ganzen Welt haben einen gemeinsamen Kampf zu führen – gegen den Kapitalismus, der die Welt in Chaos und Barbarei treibt.

Ein neues Polizeigesetz gegen Migranten, Arbeiter und alle, die Kritik üben

Die NRW-Landesregierung will im Herbst ein neues Polizeigesetz einführen. Auch in allen anderen Bundesländern (mit Ausnahme Thüringens) steht dies auf der Tagesordnung. Was die Polizei bislang nur bei Verdächtigen durfte, soll sie jetzt bei allen Menschen dürfen. Sie soll von uns allen jederzeit Emails, WhatsApp, Festplatten und Internet-Protokolle lesen dürfen. Sie soll jedem Menschen Aufenthaltsverbote für einzelne Orte geben und ihm eine elektronische Fußfessel anbringen dürfen.

Bislang durfte die Polizei dies alles nur, wenn ein konkreter Verdacht vorlag, dass jemand eine schwere Straftat begangen hat oder plant. Künftig soll es ausreichen, dass die Polizei vermutet (!), jemand denke über eine solche Straftat nach. So könnten sie zum Beispiel streikenden Arbeitern, die als Streikposten vor ihrem Werkstor stehen, verbieten sich dort aufzuhalten – mit der Begründung, die Arbeiter würden vielleicht darüber nachdenken, einen Anschlag auf das Unternehmen zu verüben.

Mehr noch: Im Namen der Terroristenbekämpfung sollen sie künftig jeden Menschen ohne konkrete Vorwürfe und ohne richterlichen Beschluss einen Monat lang ins Gefängnis stecken können, in Bayern sogar drei Monate lang! Es reicht, dass die Polizei behauptet: „Wir vermuten, dass er darüber nachdenkt, einen Terroranschlag zu planen.“ Und da niemand beweisen kann, dass er nicht über einen Terroranschlag „nachgedacht“ hat – wie auch – bedeutet dies, dass die Polizei schlichtweg jeden einen Monat lang einsperren darf. Dass sie unkontrolliert machen darf, was sie will. Deshalb haben in Bayern, wo das Gesetz bereits verabschiedet wurde, mehrfach bis zu 30.000 Menschen gegen dieses neue Polizeigesetz demonstriert.

Alle werden unter dem Gesetz leiden, angefangen bei Aktivisten oder Streikenden. In Frankreich, wo ein ähnliches Anti-Terror-Gesetz eingeführt wurde,

wurde kurz darauf einer Reihe von Umweltschützern mit solchen Aufenthaltsverboten untersagt, an den Demonstrationen anlässlich des Klima-Gipfels in Paris teilzunehmen. Von Terroristen keine Spur. Dann wurde Linken und Gewerkschaftern verboten, 2016 gegen Macrons Verschlechterung der Arbeitsgesetze zu demonstrieren!



Streikposten und Versammlungen von Arbeitern vorm Werkstor könnten künftig ohne Grund von der Polizei verboten werden

Auch Migranten würden unter dieser willkürlichen Macht der Polizei leiden, denn Vorurteile und Rassismus sind bei Teilen der Polizei tief verwurzelt. Wie viele Unschuldige wird man wegen Terrorverdacht willkürlich verhaften und einen Monat lang festhalten? Wie viele werden dadurch ihre Arbeit verlieren?

Und letztlich kann es jeden von uns treffen. Solche Gesetze bedeuten die Einschränkung der Freiheiten von allen. Sie können außerdem schnell politisch genutzt werden, zum Beispiel bei einem Regierungswechsel. In der Türkei kann mittlerweile jeder, der irgendwie die Regierung stört, als Terrorist abgestempelt und für unabsehbare Zeit eingesperrt werden.

Eben hierfür werden die Gesetze eingeführt. Ihr kapitalistisches System schafft in seiner Krise weltweit immer mehr Armut, Elend und Krieg. Es ruft zwangsläufig wachsende Unzufriedenheit und Wut hervor – und das wissen die Herrschenden. Deshalb wollen sie heute härtere Gesetze schaffen, mit denen sie bei Bedarf gegen Widerstand aus der Bevölkerung vorgehen können.

Und da brauchen wir gar nicht so weit gucken. Nehmen wir nur Sachsen-Anhalt, wo die AfD 24% der Stimmen erhalten hat und wo AfD-Politiker wie André Poggenburg bereits offen erklärt haben, ihren Einfluss in den Landesbehörden zu nutzen, um „linke Gewerkschaften“ unter Beobachtung zu stellen. Wie lange wird es dauern, bis Politiker wie er die Gesetze nutzen, um im Namen der Terrorbekämpfung politisch unliebsame Gegner zu drangsalieren, Gewerkschafter, streikende Arbeiter...?

Was unsere Sicherheit angeht, so können wir Arbeiter auch hierbei nicht auf Staat und Polizei, sondern nur auf uns selbst zählen. Und das fängt damit an, dass wir uns nicht davon ablenken lassen, wer unsere tägliche Sicherheit am meisten bedroht:

Die kapitalistische Klasse, die uns ständig in der Angst leben lässt, unsere Arbeit und unseren Lohn zu verlieren. Deren Profitgier zu Arbeitsunfällen führt und unsere Gesundheit auf der Arbeit ruiniert. Und die für ihren Handel, ihre Rohstoffe und ihre Waffenverkäufe, bereit ist, Kriege anzuzetteln, die nicht zuletzt auch den Terrorismus hervorbringen.

Das Rentenalter steigt mit der WM

Mitten während der Fußball-WM hat die russische Regierung einen der heftigsten Angriffe auf die Arbeiterinnen und Arbeiter angekündigt: Das Rentenalter, das seit 1932 gleich geblieben war, soll jetzt schrittweise massiv angehoben werden, für die Frauen von 55 auf 63 Jahre, für die Männer von 60 auf 65 Jahre. Dabei beträgt die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer gerade einmal 67 Jahre!

Normalerweise können es die westlichen Staatschefs gar nicht abwarten, jede von Putins Entscheidungen laut zu verurteilen. Doch diesmal haben sie geschwiegen. Wenn es darum geht, die Arbeiter anzugreifen, sind sie nämlich alle auf einer Wellenlänge.

Es lebe der Streik an den Krankenhäusern!

Hunderte Arbeitende der Unikliniken Essen und Düsseldorf haben angefangen zu streiken, um für das zu kämpfen, was sie schon so lange brauchen und fordern: mehr Personal und Entlastung in den Krankenhäusern!



Streikversammlung, bei der die Streikenden über Erfahrungen und wichtige Fragen ihres Streiks diskutieren und über die Fortsetzung des Streiks entscheiden

Auch streiken viele Arbeiter aus der Reinigung, dem Krankentransport oder dem Sicherheitsdienst, weil das Düsseldorfer Uniklinikum sie in eine Tochtergesellschaft ausgelagert hat, wo sie oft nur den Mindestlohn verdienen. Sie kämpfen dafür, wieder die gleichen Löhne wie am Klinikum zu bekommen.

Seit Jahren haben die Regierungen in den Krankenhäusern extrem gespart: Massenhaft Arbeitsplätze wurden vernichtet. Mit immer weniger Arbeitenden sollen sie die ganze Arbeit schaffen. Die Arbeitsbelastung ist unerträglich geworden.

Gesundheitsminister Spahn tut zwar so, als würde er alles besser machen. Doch die Streikenden haben längst erkannt, dass alles nur leere

Worthülsen sind – genau wie bei seinen Vorgängern. Sie wissen, dass sie nur dann etwas bekommen werden, wenn sie selber Druck machen. Mit der Waffe, die sie als Arbeiter haben: Streik.

Die Klinikvorstände haben die WAZ und die Rheinische Post benutzt, um in großen Artikeln zu verbreiten, dass der Streik Patientenleben gefährden würde. Eine dreiste Verleumdung! Es ist ihre Sparpolitik, die die Gesundheit und manchmal sogar das Leben von Patienten gefährdet. Die Streikenden hingegen kämpfen genau dafür, dass sich diese Zustän-

de ändern!

Der Versuch, die Öffentlichkeit gegen den Streik aufzubringen, war allerdings nicht sehr erfolgreich. Am Tag, als die Artikel in der WAZ erschienen, sammelten die Streikenden innerhalb einer Stunde 1300 Solidaritäts-Unterschriften.

Der Streik hat unsere Unterstützung verdient. Nicht nur als Patienten, die von ausreichend Personal versorgt werden wollen – sondern vor allem als Arbeitende.

Wie viele von uns erleben selber, wie Arbeitsplätze eingespart werden, wie Druck und Arbeitsbelastung steigen und kaum noch einer bis zur Rente durchhalten kann! Wie viele wurden selber in Subfirmen mit viel niedrigeren Löhnen ausgelagert!

Es ist gut, dass Arbeitende anfangen, offensiv mehr Personal, die Aufteilung der Arbeit auf mehr Schultern und das Ende der schlechteren Löhne in den Subfirmen zu fordern. Es ist ein Kampf, der Perspektiven gibt... für die gesamte Arbeiterklasse.

Menschlichkeit ist ein Verbrechen?

Was für eine verkehrte Welt! In den letzten Wochen erheben immer mehr Regierungschefs (aus Italien, Frankreich, Ungarn...) verleumderische Anschuldigungen gegen die Hilfsorganisationen und ihre Rettungsboote im Mittelmeer und stellen sie quasi als Kriminelle hin. Sie behaupten, die Hilfsorganisationen würden den Schleusern helfen, weil sie den Flüchtlingen – die von den skrupellosen Schleusern in völlig überfüllten Nusschalen auf das offene Meer hinaus geschickt werden – das Leben retten.

Und nun steht der Kapitän der *Lifeline* tatsächlich in Malta vor Gericht, weil er 234 Flüchtlinge vor dem Ertrinken gerettet hat. Das Gericht argumentiert, die Boote der Flüchtlinge wären in libyschen Gewässern gekentert, und daher wäre die libysche Küstenwache zuständig gewesen. Doch wenn die „eingreifen“,

sterben oft ein Teil der Flüchtlinge und auch für die Übrigen sind die Folgen schlimm. Obendrein war weit und breit kein Schiff der Küstenwache da. Trotzdem hätte der Kapitän sich an die Zuständigkeiten halten... und die Flüchtlinge ertrinken lassen sollen!?

Mit solchen widerwärtigen Gerichtsverfahren wollen die EU-Staaten alle einschüchtern, die der wachsenden Barbarei nicht tatenlos zusehen wollen. Sie wollen jeden Funken Menschlichkeit, jeden natürlichen Reflex von Hilfsbereitschaft und Solidarität ersticken, bis am Ende jeder wegguckt, wenn nebenan jemand Opfer dieses irrsinnigen Systems wird. Dieselbe Gleichgültigkeit sollen wir dann auch empfinden, wenn nebenan ein Betrieb dicht gemacht wird und die Arbeiter entlassen werden. Zum Glück gibt es weiterhin viele Menschen, die dabei nicht mitmachen!

Dreifache Opfer

Frauenhäuser sind für viele Frauen die einzige Chance, sich – und ihre Kinder – vor gewalttätigen Ehemännern in Sicherheit zu bringen. Doch die Frauenhäuser in NRW mussten im letzten Jahr 7.358 Frauen abweisen, weil sie keinen Platz mehr hatten. Das sind fast doppelt so viel wie noch drei Jahre zuvor. Man kann sich vorstellen, was das für die Betroffenen bedeutet!

Die Plätze fehlen, weil die Landesregierung auch hier seit Jahren gespart hat. Und weil die Frauen länger in den Frauenhäusern bleiben müssen... weil sie wegen der massiv gestiegenen Mieten keine bezahlbare Wohnung finden.

Für viele Frauen ist es ein schwerer und teilweise gefährlicher Schritt, ihren brutalen Ehemann zu verlassen. Und dann werden sie von den Sparmaßnahmen und gierigen Immobilienfirmen wieder in dessen Gewalt zurückgetrieben!

Kein 12-Stunden-Tag!

100.000 Arbeitende haben in Österreich gegen die Verlängerung der Arbeitszeit demonstriert, in vielen Betrieben gab es außerdem Protestversammlungen.

Die österreichische Regierung will am Donnerstag ein Gesetz verabschieden, dass es erlaubt, am Tag 12 Stunden und in der Woche bis zu 60 Stunden zu arbeiten. Ein Geschenk an die Unternehmer, die die Arbeiter dann noch länger und noch flexibler ausbeuten dürfen.

Die Regierung aus Konservativen und Rechtsextremen hat einen krassen Wahlkampf gegen Migranten geführt, um gewählt zu werden. Gegen Migranten ist sie weiterhin – so wie gegen alle Arbeiter.



„Freiwillig“ geht nur gemeinsam

Die österreichische Regierung behauptet, das Gesetz wäre ganz harmlos. Jeder Arbeiter könne schließlich „frei entscheiden“, ob er so lange arbeiten wolle. Frei entscheiden? Das ist das neuste Modewort von Politikern und Kapitalisten, auch in Deutschland – ob es um Ladenöffnung am Sonntag, schwanger arbeiten bis zum Tag der Geburt oder längere Arbeitszeiten geht.

Kein Arbeiter kann frei entscheiden, wenn er alleine seinem Betrieb gegenübersteht – zumindest nicht, wenn er seinen Job behalten will.

Gemeinsam jedoch haben die Arbeitenden die Kraft, solche Ausbeutergesetze zu verhindern.

Die wahren Fronten verlaufen zwischen Arbeitern und Ausbeutern

In der türkischen Fabrik Soda bei Mersin haben 530 Arbeiter zu Beginn der Nachtschicht zu streiken begonnen. Sie forderten deutliche Lohnerhöhungen, denn die hohe Inflation frisst ihre Löhne auf. Schon am nächsten Morgen hat Erdogans Regierung den Streik verboten. Den Arbeitern gelang es trotzdem, höhere Löhne durchzusetzen.

Zeitgleich kämpfen bei Gebze in Istanbul Arbeiterinnen der Kosmetikfabrik Flormar gegen ihre Entlassung. Flormar gehört dem französischen Konzern Yves Ro-

cher. Der hatte zunächst 15 Arbeiterinnen entlassen, weil sie eine Gewerkschaft gründen wollten. Als sich hunderte Frauen an Solidaritätsaktionen für sie beteiligten, hat er... 120 Arbeiterinnen entlassen. Doch sie kämpfen weiter.

Zwei Beispiele, wie die europäischen und türkischen Kapitalisten Hand in Hand mit Staatschef Erdogan arbeiten, um Arbeiter einzuschüchtern und noch mehr auszu-beuten. Doch die Arbeiter dort lassen sich nicht mundtot machen.

Mieter und Bauarbeiter im Asbeststaub

Die Immobiliengesellschaft *Deutsche Wohnen* hat in Berlin asbestverseuchte Wohnungen renovieren lassen – ohne irgendwelche Schutzmaßnahmen. Sie hat die Bauarbeiter (meist ausländische Arbeiter von Subfirmen) und die Mieter wesentlich wochenlang dem Asbeststaub ausgesetzt. Das reicht aus, um Krebs zu bekommen! Erst nach zig Beschwerden der Mieter wurden die Bauarbeiten endlich stillgelegt.

Und das ist nicht das erste Mal: Immer wieder kam heraus, dass sowohl *Deutsche Wohnen* wie Vonovia Bauarbeiter und Mieter dem Asbeststaub ausgesetzt haben, nur um bei den Renovierungen keine teuren Sicherheitsmaßnahmen bezahlen zu müssen. Es wurden nur die Fälle bekannt, wo die Mieter Alarm schlugen, in allen anderen Fällen wissen Mieter und Bauarbeiter bis heute nicht, welchen Gefahren sie ausgesetzt wurden.

Die Bosse dieser Konzerne sitzen in sauberen Konzernzentralen, gehen auf Wohltätigkeitsveranstaltungen und sind doch nichts Anderes als Kriminelle – die für den Profit über Leichen gehen.

AfD-Vorstand will die Rente abschaffen

Der Parteivorstand der AfD hat sein „Rentenkonzept“ vorgestellt. Danach soll die gesetzliche Rente komplett abgeschafft werden! Die Unternehmer sollen gar nichts mehr bezahlen müssen.

Die Arbeiter hingegen umso mehr: Sie sollen ganz allein von ihrem Lohn „privat vorsorgen“. Sprich, es soll werden wie in den USA: Man zahlt in eine private Rentenversicherung ein (die aus Aktien besteht und sich bei jedem Börsenkrach in Luft auflösen kann). Und die vielen Arbeiter, die hierfür kein Geld haben, sollen in Armut von der Grundsicherung leben.

Die AfD hat die Entscheidung über das Konzept vertagt. AfD-Politiker aus Ostdeutschland nämlich, wo nächstes Jahr Landtagswahlen anstehen, hatten Angst, dass sie mit diesem Konzept Wähler verlieren.

Doch kurz hat die AfD ihr wahres „soziales“ Gesicht offenbart.

**Wollen
Sie uns
erreichen?**

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de Telefon: 0157 – 76493485

www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!